

# Übrigens...

...wohnte ich kürzlich einem Vortrag des Geschichtsforschenden Vereins Oberwallis bei, in dem alt Staatsarchivar Dr. Bernard Truffer (Bild) sehr kompetent über das Finanzgebaren der einstigen Republik unserer sieben Oberen Zenden Goms, Brig, Visp, Raron, Leuk, Siders und Sitten sprach. Dieser bis zur Französischen Revolution 1798 bestehende Staat ernannte 1632 in Johannes II. von Roten einen «Generalsäckelmeister», einen also, der, wie man zunächst vermutet, den Geldsack des ganzen Landes in Händen hielt und eine Art «Finanzminister im Staat» war – wie heute etwa Staatsrat Roberto Schmidt. Es ist das Verdienst von Dr. Truffer, in seinem Vortrag gezeigt zu haben, dass diese Vermutung nicht stimmt und dass



der «Generalsäckelmeister», dann auch «Landessäckelmeister», damals eine eher bescheidene Rolle spielte.

– Die Zendenrepublik. Über Finanzen bestimmte nach 999 im Wallis unter anderem der Bischof von

Sitten, dem König Rudolf III. von Burgund das Wallis in einem in Cudrefin am Neuenburgersee geschriebenen Pergament geschenkt hatte. Einen Staatshaushalt der sieben Zenden gab es damals noch nicht. Dies änderte sich, als nach der Schlacht auf der Planta 1475 und nach der Eroberung des Unterwallis die Untertanen-Vogtei «St-Maurice» (vom Fluss Morge bei Sitten bis St-Maurice oder «nid der Mors») und 1536 die Vogteien «Monthey», «Evian» und «St-Jean d'Aulps» (Hochtal) entstanden, die 1569 mit Ausnahme von «Monthey» wieder dem Herzog von Savoyen abgetreten wurden. Wallis entstand damals in heutiger geografischer Form. Das Einkommen der Zendenrepublik stammte im 16./17. Jahrhundert zu 32 Prozent aus der Vogtei St-Maurice, zu 10 Prozent aus der Vogtei Monthey und zu 58 Prozent aus den französischen und savoyischen Pensionsgeldern, die für das Recht der Söldnerwerbung im Wallis bezahlt wurden. Unsere Vögte im Unterwallis gaben von 1488 an jeweils dem Landrat der Republik in Sitten Rechenschaft. Nach Bezahlung von Allgemeinausgaben, z.B. für Wege usw., wurde der jährliche Gesamtgewinn dann zu gleichen Anteilen unter die sieben Oberen Zenden verteilt. Die Bevölkerung der Zen-

den bezahlte keine Staatssteuer. Waren das Zeiten!

– Der Säckelmeister. Dieses von Landeshauptmann Anton Mayentschet bereits 1596 vorgeschlagene Amt wurde dann, wie erwähnt, 1632 unter Landeshauptmann Michael Mageran eingerichtet mit dem Ziel, «damit man Kriegsmunition, ässige Nahrung und andere Notwendigkeiten inkaufen und der Landtmiliz nachführen könne». Da der Jahresgewinn aus dem Einkommen der Zendenrepublik jeweils bereits auf die Zenden verteilt war, bleibt die Speisung des «Landessäckels» etwas unklar. Dieser erhielt vielleicht auch Mittel aus Bussen, Gebühren usw. Der Säckelmeister hatte aber offenbar nur in den genannten militärischen und versorgungstechnischen Bereichen Wirkungsmöglichkeit. Er war somit kein überall tätiger «allmächtiger Finanzminister». Über Militärkosten hinaus entschädigte er vielleicht die Boten, die die jährlichen Pensionsgelder in ausserkantonalen Städten abholten. Nun, Landessäckelmeister, deren es nach Dr. Truffer zwischen 1632 und 1798 12 gab, waren einmal aus dem kleinsten Zenden Raron stammende Mitglieder der Familie von Roten: Johannes II., dessen Sohn Johannes, Johann Christian, Christian Georg und Hildebrand; dann Heinrich In-Albon, Johannes B. Burgener, Franz Ch. Wegener, Peter V. von Riedmatten, Augustin E. Gasner, Jakob V. Sigristen, Johann J. Julier. Einige ihrer Porträts zeigen uns sehr würdige Oberwalliser Herren!

– Zentralismus. Nach all dem Gesagten wird deutlich, dass man in der damaligen Zendenrepublik keinen zentralistischen «Finanzminister» in Sitten wollte. Der «Säckelmeister» hatte ja eine kleine Macht. Die Zenden und Gemeinden behielten das Geld selbst in Händen und waren dem allmächtigen Verwaltungs-Zentralismus abhold; dies in krassem Gegensatz zu unserer Zeit, in der man dem Zentralstaat immer mehr Bürden auferlegt und dieser «alles» zentralistisch über Finanzen regelt, z.B. Gemeindefusionen durch Geldgeschenke fördert, die Burgerschaften einschränkt, sie und die Bezirke abzuschaffen gedenkt usw. Der Zentralismusgedanke feiert bei uns und vor allem in der Westschweiz Urständ. Man will dort z.B. unbedingt eine zentralistische staatliche Krankenkasse, die, wie gerade das Beispiel Polen wieder zeigt, zwei Sorten von Medizin und unsäglichen Bürokratismus schafft. Auf europäischer Ebene gebärdet sich die EU-Verwaltung in Brüssel rein zentralistisch. Dass europäische Aufgaben etwa in Verteidigung und Wirtschaft gemeinsam zu erfüllen sind, ist unbestritten. Brüssel hat aber nicht begriffen, dass die Nationalstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip vieles besser lösen könnten als ein EU-Regelwald und -Diktat. Dass sich Völker wie Katalanen, Schotten usw. in «Anti-Zentralismus» üben und selbstständig werden wollen, lässt aufhorchen. Dass sie je die Unabhängigkeit und Freiheit der Republik der sieben Oberen Zenden erreichen werden, ist wohl unwahrscheinlich. Etwas von ihr lernen könnten aber auch sie – und wir alle!



Dr. Alois Grichting  
alois.grichting@gmail.com

Alois Grichting ist Ingenieur, Volkswirtschaftler, Lehrer i. R., Publizist

WB,  
27.10.2017